



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 24. Januar 2003

## SBV erreicht Verbesserung der Agrarpolitik 2007

*Der Schweizerischen Bauernverbände (SBV) begrüsst die durch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) gegenüber der Vorlage des Ständerates vorgenommenen Verbesserungen zur Agrarpolitik (AP) 2007. Die WAK-N schwenkte in wesentlichen Punkten auf die Positionen des SBV ein und nahm wichtige Verbesserungen vor. In einigen Punkten braucht es jedoch noch weitere Korrekturen.*

In der für die schweizerische Landwirtschaft zentralen Frage der zukünftigen Milchmarktordnung stand der SBV gegen einen vorzeitigen Ausstieg aus der Milchkontingentierung für Bio- und Bergbetriebe sowie für Branchenorganisationen ein. Im Gegensatz zum Ständerat folgte die WAK-N dieser Forderung, die neben dem SBV von anderen Organisationen getragen wurde. Die öffentlich-rechtliche Kontingentierung soll gemäss WAK-N per 1. Mai 2009 aufgehoben werden. Statt der Aufhebung der Milchkontingentierung will der SBV lediglich eine Befristung bis 2009. Die von bäuerlicher Seite eingebrachte Forderung, bis 2006 ein griffiges Konzept für die Ausgestaltung der Milchmarktordnung und flankierende Massnahmen nach dem Ausstieg aus der Milchkontingentierung auszuarbeiten, wurde angenommen.

Der Buttermarkt gilt als einer der wichtigsten Teilmärkte, um einen Ausgleich auf dem Milchmarkt zu schaffen. Der Bundesrat fordert die Aufhebung der speziellen Buttereinfuhrregelung. Diese Forderung wird von Ständerat und WAK-N unterstützt. Durch die Aufhebung würden die Selbsthilfemassnahmen der Milchproduzenten stark gefährdet. Damit dieses wichtige Instrument bis zum Ausstieg aus der Milchkontingentierung erhalten bleibt, muss der Antrag der Landwirtschaft zur Beibehaltung der geltenden Buttereinfuhrregelung aufgenommen werden.

Bei der Frage der künftigen Zuteilung der Fleischimportkontingente hat sich die WAK-N für eine Versteigerung der Zollkontingente ab 2007 ausgesprochen. Für Rindvieh und Schafe sollen jedoch, wie von der Landwirtschaft gefordert, 10% der Importkontingente nach der Zahl der auf öffentlichen Viehmärkten ersteigerten Tiere zugeteilt werden. Dies ist entscheidend für die Absatzsicherung in Randregionen und im Berggebiet. Ebenso folgte die WAK-N dem Antrag des SBV betreffend der Ausgestaltung des Übergangs vom heutigen Inlandleistungssystem zum Versteigerungssystem. Damit kann ein geordneter Systemwechsel garantiert werden. Der SBV begrüsst den Entscheid der WAK-N, dass die Entsorgung der Schlachtabfälle durch allgemeine Bundesmittel finanziert wird. Der SBV unterstützt auch die Minderheit, welche verlangt, dass der Versteigerungserlös im Weiteren für die Entlastung des Fleischmarktes und für Direktzahlungen eingesetzt werden.

Weiter unterstützt die WAK-N die Forderung des SBV, dass die unter den geschützten geographischen Angaben vermarkteten Rohstoffe in der Schweiz produziert werden müssen.

Die Kommissionsmehrheit lehnte die Aufhebung der Vermögens- und Einkommensgrenzen zum Bezug von Direktzahlungen ab. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war die Befürchtung, dass eine Mehrheit der Stimmbürger die Ausrichtung von Direktzahlungen an gutverdienende und vermögende Landwirte nicht verstehen würde.

Bei der Festlegung der finanziellen Mittel 2004 bis 2007 für die Landwirtschaft konnte auf die Forderung des SBV nach einem Teuerungsausgleich für die Bauernfamilien aufgrund der aktuellen finanzpolitischen Situation des Bundes nicht eingegangen werden.

Unterstützung durch die WAK-N fand der Beschluss der Delegiertenversammlung des SBV, dass Massnahmen zur Erleichterung der vorzeitigen Aufgabe von Betrieben unterstützt werden können.

### Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident SBV, Natel 079 404 33 92

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Natel 079 219 32 33



**SBV** Schweizerischer Bauernverband   **USP** Union Suisse des Paysans   **USC** Unione Svizzera dei Contadini   **UPS** Uniun Purila Svizra